

10. MRZ



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/58 - 10. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 386 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 1a

Die Sprache des Dritten Reiches

59

Zum Zusammenstoß Dr. Arndt - Dr. Schröder

2 - 3

Arbeiterrechte ohne Schutz

68

Sozialministerium Rheinland-Pfalz und die Demokratie

3a

Der Irrtum Espackis

36

Das Deutschlandbild des polnischen Außenministers

4

Ein großer Kämpfer

42

Zum 80. Geburtstag Heinz Tenners

5 - 7

Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (II)

151

Von Prof. Dr. Karl Beckert, MdP

* * *
* * *

10. März 1961

Die Sprache des Dritten Reiches

sp - Die Kontroverse zwischen Dr. Arndt und Dr. Schröder um den antisemitischen Beiklang des Vorwurfs, ein Rabulist zu sein, verlangt ein Nachwort.

Fritz Erler hat sofort erklärt, er halte den Bundesinnenminister nicht für einen Antisemiten. Darum geht es auch nicht. Handelte es sich um einen Anwurf eines Antisemiten, ließe sich dazu kaum etwas sagen; denn in welcher Sprache soll ein Antisemit sprechen, wenn nicht in dem verschwollenen Jargon von "Mein Kampf".

Das Unerträgliche an der Äußerung Dr. Schröders ist vielmehr, daß hier ein antirendender deutscher Minister in einer Auseinandersetzung mit einem politischen Gegner, der Verfolgter des Dritten Reiches ist - unbewußt, wie wir glauben -, die Sprache der Verfolger spricht.

Bestürzend ist, daß ein demokratischer deutscher Minister im Jahre 1961 nicht weiß oder sich keine Rechenschaft darüber ablegt, daß und wie es einen Mann kränken muß, mit denselben Worten belegt zu werden, mit denen Hunderte Schicksalsgenossen 1933 und danach vom Lehrstuhl, aus dem Richteramt und aus der Anwaltschaft gejagt wurden: Rabulist, Intellektueller, Asphaltliterat und wie die Umschreibungen des Jüdischen in der Sprache jener Jahre sonst lauteten.

In einem herrlichen Buch über die Lingua Tertii Imperii, die Sprache des Dritten Reiches, das jedem in Deutschland öffentlich Redenden zur Pflichtlektüre gemacht werden sollte, beschreibt der Philologe Victor Klemperer seine Erlebnisse als "Sterntäger" in Dresden (er wurde nach 1945 einer der wütendsten SED-Professoren, aber dieser Absturz löscht das einzigartige Zeugnis seines Sprachgewissens in der Zeit seiner Erniedrigung nicht aus).

Er schildert eine Begegnung mit einer hochgebildeten Jüdin, die ihm mahnt, den Glauben an das ewige Deutschland nicht aufzugeben und ein fanatischer Deutscher zu bleiben. Klemperer fährt fort:

"... "Ja, wissen Sie denn gar nicht, was Sie da sagen? Wissen Sie nicht, daß fanatisch und deutsch - ich meine Ihr deutsch - zusammenpassen wie Faust und Auge, ... Wenn Sie es nicht wissen, Sie, die Studierte, Sie, die für das ewige, das unbefleckte Deutschtum eintreten - wer soll es dann spüren und vermeiden? Daß wir in unserer bedrängten Isoliertheit eine Sondersprache ausbilden, daß auch wir behördliche auf uns gemünzte Bezeichnungen aus dem nazistischen Lexikon gebrauchen müssen, daß sich da und dort eine Ausdehnung des Jargons, ein Kokettieren mit dem Jargon, mit Hebraismen bemerkbar macht, das alles ist natürlich. Aber diese Unterwerfung unter die Sprache des Siegers, dieses Siegers!" ..."

Genau das Umgekehrte erleben wir heute: ein achtloses und gegenüber den Gepeinigten von damals rücksichtsloses Unterwerfen unter die Sprache der scheinbaren Sieger. Diese Achtlosigkeit führt z.B. dazu, einen 80-jährigen deutschen Juden in London in einem amtlichen Schreiben einer Bundesbehörde als "Nicht-Arier" zu bezeichnen. Diese Unterwerfung läßt es hingehen, ein Bundeswehr-Bataillon in einer Veröffentlichung des Bundesverteidigungsministeriums "reintrassig" zu nennen. Diese Sprachverschleierung schließlich läßt in der politischen Auseinandersetzung Löcher aufkommen, die vor allem im Ausland immer wieder den Verächt nähren, als trauerten die Deutschen denen nach, die diese Sprache schufen.

Es genügt eben nicht, in feierlichen Stunden seiner Abscheu über NS-Barbarei kräftig hören zu lassen. Die Abkehr von dieser Barbarei wird auch daran gemessen werden müssen, wie im täglichen Umgang ihren Opfern begegnet wird.

Arbeitsrechte ohne Schutz

rd - Wenn nicht bald etwas geschieht, so wird es beim Technischen Überwachungsverein Kaiserslautern (TÜV) in diesem Jahre kein ordnungsgemäß gewählter Betriebsrat geben. Am 14. März 1961 ist der letzte Termin zur Wahl und es gibt bis heute weder einen Wahlvorstand noch einen Wahlvorschlag und zwar deswegen, weil die Dienstaufsichtsbehörde, das Sozialministerium in Rheinland-Pfalz, es versäumt hat, im TÜV, der seiner Dienstaufsicht untersteht, Ordnung zu schaffen. Die Betriebsangehörigen haben das Vertrauen auf den Schutz ihrer demokratischen Rechte, das ebenfalls durch dieses Ministerium gewährleistet sein sollte, völlig verloren. Sie wagen es nicht mehr, aus Angst vor wirtschaftlichen und beruflichen Nachteilen, gegenüber dem diktatorischen Verhalten des Vorstandes und der Direktion des TÜV von ihren demokratischen Rechten Gebrauch zu machen.

Der Geschäftsführer des TÜV Kaiserslautern, Dipl.-Ing. Meyer, hat schon Dutzende von Arbeitsgerichtsklagen, so z.B. wegen unrechtmäßiger, fristloser Entlassung von Betriebsratsmitgliedern, verloren. Seit Jahren werden an die widerrechtlich Entlassenen, die beschäftigungslösungspaziergehen, die Gehälter weitergezahlt. Sie sind entlassen von einem Mann, der bei seiner Einstellung als Geschäftsführer des TÜV Kaiserslautern wegen Verschuldung und geleisteten Offenbarungseides nicht einmal die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Einstellung als Geschäftsführer besaß.

Das Sozialministerium in Rheinland-Pfalz, wie der Vorstand des TÜV, die um diese fehlenden Voraussetzungen wissen, verstoßen noch heute gegen die Landesverordnung über die Organisation des technischen Überwachungsdienstes, vom 24. Juli 1959, § 1,3 d und § 3, 1a und b, da sie trotz ihrer Kenntnis bisher nichts zur Erfüllung dieser Verordnung unternommen haben. Es gibt nur eine Erfüllung dieser Verordnung, die notfalls mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen den Sozialminister erzwungen werden müsste, die Abberufung eines Beamten, der bei seiner Einstellung die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllte und darüber die einstellenden bzw. die zustimmungspflichtigen Behörden getäuscht hat.

10. März 1961

Seit langen liegt wegen dieser Vorgänge beim TÜV Kaiserslautern Dienstaufsichtsbeschwerde beim Sozialministerium vor. In der Landtagssitzung vom 7./8. Dezember, anlässlich der Etatberatungen, erklärte laut Anfrage des Abgeordneten Volkemer, der Staatssekretär des Sozialministerium, Junglaas, laut Staatsanzeiger vom 11.12.1960 "... dass der Technische Überwachungsverein als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem Sozialministerium nicht unterstehe. Die Aufsicht des Sozialministeriums erstrecke sich lediglich auf die Prüfung, ob der Beamte für seine Funktion geeignet sei." Diese Auskunft widerspricht der Verordnung vom 7. August 1959, nach der die Ernennung und Abberufung des geschäftsführenden Direktors des TÜV (er Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf und an diese über die gesamte Geschäftsführung hinsichtlich der Sachverständigen und über deren Tätigkeit nach Abschluss des Geschäftsjahres zu berichten ist. Im Abschnitt III, § 12, wird bestimmt, "Aufsichtsbehörde im Sinne dieser Verordnung ist das Sozialministerium."

Es ist Sache des Parlamentes, sich mit der Auskunft des Staatssekretärs zufrieden zu geben oder geeignete andere Schritte zu unternehmen, falls es nicht zufrieden ist. Es ist aber Sache der Öffentlichkeit, ob durch die - gelinde gesagt - Nachlässigkeit des Ministeriums demokratische Grundrechte der Arbeitnehmer gefährdet sind. Auf diesen Umstand hat dieser Dienst bereits eine "Offene Anfrage an das Sozialministerium" unter dem 4. November 1960 begründet. Sie ist bisher ohne Antwort geblieben.

Am 14.3., also in wenigen Tagen, sind die Fristen zur Betriebsratswahl in diesem Betrieb, in dem den Arbeitnehmern die demokratischen Rechte streitig gemacht werden, verstrichen. Auch wenn hernach im Wege der Klage vom Arbeitsgericht ein Wahlvorstand eingesetzt und eine Betriebsratswahl erzwungen wird, kann man nicht von der freien Ausübung demokratischer Rechte mehr reden. Das Wesen demokratischer Entscheidung ist völlige, unbeeinflusste Entscheidung der Beteiligten. Das Hindernis dieser Unbefangenheit ist die unqualifizierte Geschäftsführung des TÜV und ist die Nachlässigkeit eines Ministeriums, das sich um diese demokratischen Rechte anscheinend keine Sorgen macht. Wenn die Demokratie im rheinland-pfälzischen Ministerium keine Heimstätte hat, dann muss sie ihr höheren Orte verschafft werden.

Der Irrtum Rapackis

sp - Der polnische Außenminister Adam Rapacki hat in seiner Wiener Rede die Bundesregierung scharf angegriffen, weil sie als einzige Regierung Europas "noch territoriale Forderungen" habe und es in diesem Zusammenhang bedauert, dass es keine organisierte Opposition in der Bundesrepublik gebe, die der Politik der Gebietsforderungen und Rüstungen widerspreche. Regierung und Opposition, fügte Rapacki hinzu, überbieten sich darin, "nationalistische und Grossmachtströmungen" zu erwecken.

Hier zeigte sich der polnische Außenminister als schlecht unterrichtete Persönlichkeit, er hegt ein Deutschlandbild, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Rapacki geht von der Zweistaatentheorie aus, er sieht in Parkow und Bonn die Hauptstädte zweier deutscher Staaten und regiert die Existenz des deutschen Volkes, dessen Verlangen, wieder in einem Staat vereinigt zu sein, wieder unter einem gemeinsamen Dache zu wohnen er als Grossmachtstreben abtut. Nichts ist natürlicher für ein Volk, wieder zusammenzufügen, was durch Willkür getrennt wurde. Der polnische Außenminister als gründlicher Kenner der Geschichte seines eigenen leidgeprüften Volkes müsste wissen, dass sich auf der Grundlage von Spaltungen keine dauerhafte Friedensordnung aufbauen lässt und dass keine deutsche Regierung befugt ist, über die endgültige Festlegung von Grenzen zu bestimmen. Dieses Recht kommt nur einer gesamtdeutschen Regierung zu, getragen vom Vertrauen des Volkes. In der Nichtanerkennung des Status quo durch die Bundesrepublik sieht Rapacki eine Herausforderung, schlimmer noch, eine Bedrohung des Friedens - welcher verhängnisvoller Irrtum. Will der polnische Außenminister dem deutschen Volk verweigern, wonach das polnische Volk opfervoll kämpfte die Wiedererringung der staatlichen Einheit?

Unsagbar Schreckliches hat das polnische Volk durch das Dritte Reich erlitten. An diesem Erbe werden noch Generationen zu tragen haben. Für die Lebenden bleibt die Aufgabe, trotz allem, was geschehen ist, dennoch einen Brückenschlag zu finden und der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen freundlichere, hellere Kapitel aufzusetzen. Wie schwer es ist, bezeugt die Wiener Rede Rapackis. Sie enthält Missdeutungen und Missverständnisse, und dass ihnen der polnische Außenminister unterlag, ist wohl auch auf das Fehlen eines direkter Kontaktes zwischen Bonn und Warschau zurückzuführen. Aus Rapacki sprach die Stimme Ulbrichts. Sie prägt ein Deutschlandbild, das zu korrigieren die bundesrepublikanische Diplomatie bisher versäumte.

Ein grosser Kämpfer

Am 12. März wird der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, Väinö Alfred Tanner, 80 Jahre alt. Aus diesem Anlass hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihm ein Glückwunschtelegramm übermittelt.

Der 1881 in Helsinki geborene Väinö Tanner hat im politischen Leben Finnlands stets eine besondere und wichtige Rolle gespielt. Schon sehr früh schloss er sich den finnischen Sozialdemokraten an und wurde 1907 in den finnischen Landtag gewählt. Tanner studierte Jura, Volkswirtschaft und im besonderen das Gewerkschaftswesen in Deutschland und im übrigen Ausland. Nach mehrjähriger Anwaltschaftstätigkeit in Helsinki wurde er 1915 Geschäftsleiter der grössten finnischen Genossenschaft.

Seiner Energie und Tatkraft war es zu verdanken, dass die finnische Sozialdemokratie sich nach dem ersten Weltkrieg zu einer nach westeuropäischen Gesichtspunkten orientierten Partei wandelte.

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen war Tanner mehrfach mit den höchsten Kabinettsämtern betraut, darunter auch der Ministerpräsidentschaft.

Als im Herbst 1939 Finnland den Widerstand gegen den Überfall durch die Sowjetunion organisierte, übernahm Tanner das Auswärtigenministerium. Weder Moskau noch die von ihm abhängigen finnischen Kommunisten haben dem finnischen Sozialdemokraten Väinö Tanner seine feste und unbeugsame Haltung gegenüber dem sowjetischen Imperialismus und der kommunistischen Infiltration vergessen können.

Nach dem Zusammenbruch Finnlands im Jahre 1944 wurde Tanner verhaftet und wegen seiner "Feindseligen Haltung" gegenüber der Sowjetunion zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Freilassung im Jahre 1948, die wütende Proteste der Kommunisten hervorrief, zeigte sich, dass die Unbeugsamkeit dieses Mannes noch immer eine ausserordentliche Sympathie innerhalb und ausserhalb seiner eigenen Partei hervorrief.

Mitte April 1957 wurde Tanner erneut zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Finnlands gewählt. Die Spannungen innerhalb der Partei, in deren Verlauf er getreu den sozialdemokratischen Prinzipien den Kampf gegen die kommunistische Infiltration aufnahm, führte zur Abspaltung einer zahlenmässig kleinen, aber lautstarken oppositionellen Gruppe.

Der heute Achtzigjährige ist ungebrochen an Kraft, Energie und Ausdauer. Sein stets leidenschaftliches Engagement für die Sache der Demokratie und des demokratischen Sozialismus hat seine Person in den Augen seiner Landsleute und des Auslandes zur Gestalt eines Kämpfers werden lassen. Aus der Geschichte Finnlands in der letzten Jahrzehnten ist Väinö Tanner nicht mehr wegzudenken.

Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit (II)

Von Prof. Dr. Karl Bechert, MdB

Giftiger Staub

Ein Teil des bewohnten Gebietes im Raum von Salzgitter, insbesondere der nördliche Teil von Watenstedt, liegt innerhalb des Gebietes, wo der Staubfall mehr als 3 kg pro Monat und hundert qm Fläche beträgt. Der Bericht sagt, in diesem Gebiet ist es nicht ratsam zu wohnen, es erscheint "nicht einmal der Neubau von Bereitschaftswohnungen angezeigt". In einem Gebiet um Salzgitter-Hallendorf und Watenstedt herum, das in Nordsüdrichtung etwa 7 km lang und in Ostwestrichtung ungefähr 7-10 km breit ist, sollten nach den Vorschlägen des Gutachtens neue Wohnsiedlungen überhaupt nicht errichtet werden.

Ganz ähnlich sehen die Ergebnisse der Untersuchungen für die Gebiete von Offleben und Oker-Harlingerode aus, nur dass es dort auch noch so deutlich nachweisbaren schädlichen Wirkungen auf die Pflanzenwelt kommt. Zweige sterben ab, das Laub verfärbt sich weiss oder rotbraun schon im Frühsommer, es fällt schon im Sommer ab. Nutzpflanzen und andere bleiben im Wachstum zurück. Der sehr vorsichtig abgefasste Bericht stellt "nachteilige Beeinflussung" der Pflanzenwelt für die Industrieabgase in Offleben fest bis zu einer Entfernung von etwa 800 m vom Werksgelände. In der Nähe des Werksgeländes bis zu 400 m ist der Gehalt an säurehaltigen Abgasen, vor allem an Schwefelverbindungen, in der Atemluft "sehr beträchtlich". Und es riecht anderthalb Kilometer weit nach faulen Eiern, nach Schwefelwasserstoff. Auch die Stauniederschläge sind recht erheblich. Es ist Staubefall bis zu über 5 kg pro Monat auf hundert qm Fläche 1956 festgestellt worden, und mittlerweile hat eines der Werke seinen Staubauswurf auf das 1 1/2-fache vergrößert. Vor anderthalb Jahren war ich selbst in Offleben und hatte Gelegenheit, mich davon zu überzeugen, was da der Bevölkerung an Staub und Gestank zugemutet wird. Die Blätter mit braunem Staub bedeckt, alles, was man im Freien anfasste, hatte eine dicke Staubschicht. Mir wurde erzählt, wenn ein Fremder sich dort einen hellen Anzug beim Spazierengehen verdirbt, durch den Schmutz, den ihm Zweige und Büsche beim Vorbeistreichen anhängen können, dann ist die Werksleitung bereit, den Schaden zu ersetzen.

Dem Bericht ist eine Karte beigelegt, auf der das Gebiet eingezeichnet ist, in welchem nach dem Gutachten des Berichtes neue Wohnsiedlungen nicht gebaut werden sollten. Das Gebiet umfasst die gesamte Fläche der Ortschaften Offleben, Alversdorf und Reinsdorf. Die Karte hat die Überschrift: "Offleben, notwendige Beschränkungen des Wohnungsbaus".

Im Raum Oker-Harlingerode machen Schwefelverbindungen den Hauptanteil an der Luftverunreinigung aus, Rauchschwaden kommen bis zu 4 km von der Blei-Kupfer-Hütte in Oker vor; eine chemische Fabrik verpestet durch Schwefelwasserstoff die Luft, zeitweise von Werk aus bis über anderthalb km Entfernung weit. Der Staubfall ist gering, aber der Staub ist giftig, er enthält Zink, Blei, Arsen. Ein Gebiet, das etwa 3 x 5,5 km Fläche umfasst, erklärt das Gutachten für ungeeignet für den Bau neuer Wohnsiedlungen. Dieses Gebiet umfasst das Dorf Harlingerode vollständig und die Gemeinde Oker zum grösseren Teil.

Wie konnte es dazu kommen?

Und das alles im Namen des Fortschritts! Und was geschieht im Namen der Gesundheit der Menschen und im Namen ihrer Menschenwürde, ihres Rechts auf menschenwürdiges Dasein? Wie konnte es überhaupt zu solchen Zuständen kommen? Nur, das hat einfache Gründe. Werke, die durch Abgase, Staub, Ruß ihre Nachbarschaft belästigen, hat man in der Zeit beginnender Industrialisierung in einiger Entfernung von grösseren Städten angelegt, aber auch wieder nicht so weit, dass die Werke nicht den Vorteil der günstigeren Transport- und Handelsmöglichkeiten gehabt hätten, den die Nähe von grösseren Städten bietet. Die Städte sind gewachsen und sie wachsen immer weiter, je mehr die Gesamtbevölkerung zunimmt. Die Städte sind auf die Industriewerke zugewandert und so liegen heute viele grosse Industriewerke im Stadtgebiet, die früher weit vor den Toren der Stadt ihren Staub und ihre Gase in die Luft bliesen.

Unerfreulicher Zusammenhang

Ein weiteres spielt eine wichtige Rolle, leider: Grosse Industriefirmen zahlen keine Gewerbesteuern, und die Gewerbesteuer ist gewöhnlich eine der wichtigsten Steuer-Einnahmequellen einer Gemeinde, wenn sich ein oder mehrere grosse Industriewerke im Steuerbereich der Gemeinde befinden. Wer die grossen Aufgaben kennt, welche die Gemeinden heute finanziell zu bewältigen haben: Schulen bauen, erweitern, Wohnungsbau fördern, Kanalisation, Kläranlagen, Strassen bauen, Schwimmbäder, Krankenhäuser bauen und unterhalten, das kulturelle Leben fördern - der weiss und versteht, warum die Gemeinden ihre Gewerbesteuerquellen sorgsam hüten und pflegen und wie sie sich einem indirekten Druck ausgesetzt sehen, wenn sie etwas gegen Luftverunreinigung von Fabriken unternehmen wollen. Und diese wichtige Steuerquelle der Gemeinden, die Gewerbesteuer, will der Bund jetzt auch noch kümmerlicher werden lassen durch Erhöhung der Freigrenzen für die Gewerbesteuer!

Der Zusammenhang ist klar, aber keineswegs erfreulich und durchaus nicht geeignet, zur Verbesserung der Atemluft in den Städten und Industriegebieten beizutragen. Wenn das Werk droht, seinen Betrieb ganz oder teilweise aus der Gemeinde wegzuverlagern, dann sinkt die Gemeindefinanzien in Gefahr. Dieser Zustand spricht nicht für grosse Weisheit unserer Steuergesetzgebung. Wie weit das neue Bundesgesetz zur Reinhaltung der Luft und die Änderung des § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuches diese Zustände ändern können, wird die Erfahrung lehren.

Amerikanische Erfahrungen

Es ist nicht die Industrie allein, die unsere Luft verpestet. Im Spätjahr 1955 war ich auf Einladung des State Department, des Auswärtigen Amtes der Vereinigten Staaten, in Kalifornien, besuchte San Francisco und Los Angeles. An einem schwachdunstigen Herbsttag bei blauem Himmel und angenehmer kühler Luft hatte ich in San Francisco auf einmal das Gefühl: Du bekommst eine Halsentzündung und deine Augen sind auch entzündet, sie tränen. Ich war stockheiser und wuschte mir dauernd mit dem Taschentuch die Augen aus. Bekannte klärten mich auf: Es war der berüchtigte Smog, ein grünlich gelber feiner Dunst, der die Schleimhäute reizt, Heiserkeit und Augenentzündungen hervorruft. In San Francisco ist er nicht so häufig wie in Los Angeles. Bei der Auffahrt zum Mount Wilson mit seinem berühmten astrophysikalischen Observatorium sah ich von Berg aus den Smog wie eine grün-gelbe Dunstschicht über dem riesig weiten Gelände der Stadt Los Angeles liegen. Und die herrlich schönen Herbsttage in Pasadena, einem Vorort von Los Angeles, sind mir durch den Smog gründlich verleidet worden, ich hatte ständig Halsweh und Augen tränen.

In Los Angeles besuchte ich Prof. Went in seinem Pflanzenlaboratorium. Er sagte mir, was der Smog ist. Vom Staat beauftragt, den Schadenszusammenhang zwischen dem Smog und den Schäden an den Orangen- und Zitronenplantagen in der Umgebung von Los Angeles zu untersuchen, arbeitet Prof. Went seit Jahren daran, die Schadenswirkungen des berüchtigten Smog auf die Pflanzen zu untersuchen. Prof. Went hat festgestellt: dieser grün-gelbe Feine, kaum sichtbare Dunst besteht mindestens zur Hälfte aus den Abgasen von Kraftwagen-Fahrzeugen aller Art. Er verursacht erhebliche Schäden an den Edelfruchtplantagen bis weit hinaus in die Umgebung von Los Angeles. Die Blätter verfärben sich, die Bäume werden empfindlich geschädigt. Durch Untersuchungen anderer Forscher ist aber bekannt, dass in den Abgasen der Kraftfahrzeuge Kohlenwasserstoffgase enthalten sind, die Krebs erzeugen können.

Los Angeles ist eine ungeheuer ausgedehnte Stadt, sie liegt in loser bebauung längs der Küste des Stillen Ozeans in einer Länge von über 90 km und einer Breite von etwa 40 km. Dahinter landeinwärts erhebt sich eine recht hohe Gebirgskette, die ungefähr in gleicher Richtung verläuft wie die Küste. Der Wind weht meist von See her auf das Gebirge zu und so staut sich der ganze Dunst, Staub und die Abgase der Stadt in einer Dunstschicht, die wie ein dickes Kissen über der Stadt liegt.

Beobachtungen des Professors Went

Prof. Went, der gebürtiger Holländer ist, und bei Besuchen in Holland nicht selten auch ins Ruhrgebiet kommt, meinte: "Bei Ihnen im Ruhrgebiet sah ich die Schäden auch bereits im Kleinen, die wir hier im Grossen haben. Die Bäume und Sträucher dort im Ruhrgebiet fangen an, krank zu werden, wie die unseren".

In dem Bericht der 5. Sachverständigen-Konferenz des Europäischen Forschungskomitees für den Schutz der Bevölkerung vor chronisch-toxischen Umweltschäden vom 20. bis 23. April 1960 in Royaumont heisst es: "Nach dem derzeitigen Stand unserer Kenntnisse sind die wesentlichen Quellen der chemischen Luftverunreinigung:

der Rauch der Hausfeuerungen,
der Rauch der Industrieföfen,
die Abgase der Industrieanlagen,
die Abgase der Kraftfahrzeuge,
der Rauch von Lokomotiven und Schiffen,
der Staub des Strassenverkehrs".

Der Rauch der Hausfeuerungen - eine weitere Quelle der Luftverunreinigung und keine geringe. In Pittsburg in den Vereinigten Staaten war der Qualm und Ruß von der Industrie und den Hausbrandöfen so unerträglich geworden, dass die Stadt sich zu einer scharfen Regelung entschloss. Seitdem gehört Pittsburg zu den saubereren Städten. Sollte so etwas bei uns nicht auch möglich sein? In London sterben bei dichtem Nebel, wenn er tagelang anhält, die Menschen in Scharen, bei denen die Atemwege zu den geschwächteren Stellen im Körper gehören, die also schon einen Atmungsschaden haben. In dem Bericht von Royaumont heisst es weiter: "Die verunreinigte Luft ist verdächtig, eine der Ursachen für die chronische Bronchitis zu sein". Das ist also derselbe Schluss, der auch aus den Oberhausener Untersuchungen sich für das Ruhrgebiet ergeben hat. Und weiter: "Auf der anderen Seite ist der Lungenkrebs in Städten viel häufiger als in ländlichen Bezirken. Es gibt Hinweise für die Annahme, dass die Verunreinigung der Luft bei seiner Entwicklung eine Rolle spielt, die zunehmende Häufigkeit dieser Erkrankung ist ein Problem von äusserster Dringlichkeit".

(wird fortgesetzt)